

Vortrag von Jim Cloos: die Aktionsmöglichkeiten der GASP (Luxemburg, 30 November 2006)

Quelle: L'apport de la PESC à l'action extérieure de l'Union européenne (discours pour l'Université du Luxembourg)/Université du Luxembourg, cycle de conférences, semestre d'hiver 2006-2007 / Jim Cloos, prise de vue : François Fabert.- Luxembourg: CVCE [Prod.], 30.11.2006. CVCE, Sanem. - VIDEO (11:27, Couleur, Son original).

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vortrag_von_jim_cloos_die_aktionsmoglichkeiten_der_gasp_luxemburg_30_november_2006-de-e21e1f3f-14d9-43b4-a0c4-b4992cc77a82.html



Publication date: 05/07/2016

Vortrag von Jim Cloos: die Aktionsmöglichkeiten der GASP (Luxemburg, 30 November 2006)

[Jim Cloos] Ich möchte kurz über die Mittel zu sprechen. Wenn man Außenpolitik betreiben will, ob man nun ein Staat oder eine Organisation wie die Europäische Union ist, dann braucht man Mittel zum Handeln. Nun hat die Europäische Union oder Gemeinschaft, wie ich zu Beginn sagte, schon immer über umfangreiche Finanzmittel verfügt, um Hilfe zu leisten. Wenn man sich die „Rubrik 4“ anschaut, wie man im Haushaltsjargon sagt, dann entspricht das in etwa der wirtschaftlichen Außenhilfe, und wenn man den EEF, den Europäischen Entwicklungsfonds, hinzufügt, der nicht im Haushalt integriert ist, das ist jedoch gleich, dann kommt man auf nahezu 7 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist nicht wenig. Man darf natürlich nicht vergessen, dass, rechnet man die bilateralen Maßnahmen der Mitgliedstaaten dazu, die Summe zehn Mal so hoch ist. Die Größenverhältnisse darf man nicht aus den Augen verlieren. Aber es ist wichtig.

Beispielsweise haben wir zwischen 2002 und 2004 über vier Milliarden Euro – die genaue Zahl habe ich jetzt nicht mehr im Kopf – auf dem Balkan investiert, nicht mitgerechnet das Geld der EIB, wovon Philippe Maystadt vielleicht gesprochen hat. Das ist doch immerhin ein recht ansehnlicher Betrag. Aber das ist noch nicht alles. In letzter Zeit haben wir – und darauf würde ich gerne etwas ausführlicher eingehen – vor allem Instrumente zur Krisenbewältigung entwickelt. Denn in Wirklichkeit steht die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, steht die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik – ich weiß, dass diese Frage später kommen wird, also sage ich es besser gleich – nicht in Konkurrenz zur NATO. Sie beinhaltet im Wesentlichen das Krisenmanagement – vielleicht sind einige von Ihnen mit der Geschichte der WEU usw. vertraut – und befasst sich mit den berühmten Petersberger Aufgaben, die in den Vertrag aufgenommen wurden, das heißt *peace-keeping*, *peace-making*, in gewisser Weise, Evakuierung im Krisenfall usw. Sie ist also im Wesentlichen ein Instrument für solche Aufgaben.

Und es handelt sich um ein Instrument, das zugleich zivile und militärische Mittel verwendet, und darin unterscheidet sie sich im Übrigen sogleich auch von der NATO, die über keine Mittel zur zivilen Krisenbewältigung verfügt. Man ist also gerade in der Aufbauphase. Zuvor sprach ich vom *Headline Goal* für Soldaten. Im Bereich der zivilen Mittel, das heißt im Bereich der Polizei, der Richter, geht man ähnlich vor, um Richter in gewisse Länder schicken zu können – dazu werde ich gleich einige Beispiele nennen. Und derzeit entwickelt man das Konzept der *Battlegroups*, was bedeutet, dass die Mitgliedstaaten einzeln oder zu zweit, zu dritt oder zu viert der Europäischen Union *Battlegroups* zur Verfügung stellen, bestehend aus ungefähr 1500 Mann, voll ausgerüstet und immer bereit, im Notfall einzugreifen mit allem, was im Bereich Kommunikation, Transport usw. nötig ist. Was den Transport angeht, so haben wir einige Probleme, es bestehen noch einige Lücken, aber wir arbeiten daran.

Das alles ist also gerade in der Entstehung begriffen. Wichtiger ist vielleicht jedoch, dass wir nicht nur Strukturen und Kapazitäten geschaffen haben, wir haben damit begonnen, wirklich etwas zu tun, Einsätze in die Wege zu leiten. Der erste fand 2003 statt. Es handelte sich um einen Polizeieinsatz, wir haben einen Einsatz der UNO übernommen, einen Polizeieinsatz der UNO in Bosnien-Herzegowina. Die Union hat ihn durchgeführt. Heute haben wir dort noch mehr als 500 Polizisten, die die Lage überwachen, Hilfe leisten und die lokale Polizei ausbilden. Das sind kleine Dinge, aber kleine Dinge, die wirklich von Bedeutung sind. Seitdem haben wir innerhalb von drei Jahren ungefähr fünfzehn Operationen in die Wege geleitet.

Ich werde jetzt nicht damit anfangen, alle Einsätze einzeln aufzuzählen, Sie können sie auf der Website des Rates nachlesen, aber ich möchte vielleicht versuchen, die drei Ziele zu beschreiben, die wir mit diesen Aktionen verfolgen. Das erste Ziel besteht in der Begleitung eines Friedensprozesses. Ich nenne hierzu zwei Beispiele. Das erste Beispiel ist Bosnien, darüber habe ich bereits in Bezug auf die Polizei gesprochen; wir führen auch einen militärischen Einsatz mit über sechstausend Soldaten in Bosnien durch. Dabei handelt es sich um eine Operation, die wir von der NATO übernommen haben. Sie heißt „ALTHEA“ und ist sehr wichtig zur Überwachung der Umsetzung des Dayton-Abkommens von 1995.

Ein zweites Beispiel, über das in letzter Zeit auch viel gesprochen wurde, ist das Friedensabkommen zwischen den Aceh-Rebellen in Indonesien und der indonesischen Regierung. Das ist ein Konflikt zwischen Aceh, einer Provinz im Nordwesten Indonesiens, und Jakarta, der Zehntausende das Leben gekostet hat – in

Europa wird nicht sehr viel darüber gesprochen, aber er besteht seit über dreißig Jahren. Folgendes geschah: Ahtisaari, der ehemalige finnische Präsident, hat begonnen, den Mittler zu spielen, und hat eines Tages Solana aufgesucht und gesagt: „Ich glaube, ich werde eine Einigung erzielen, aber wir müssten innerhalb eines Monats in der Lage sein, eine Monitoring-Mission, eine Beobachtermission, hinzuschicken.“ Wir haben diese Operation, an der 250 Personen beteiligt waren, zusammen mit den ASEAN-Staaten innerhalb von drei Wochen im August in die Wege geleitet.

Diese Operation läuft sehr gut, das Abkommen hat nach wie vor Bestand, und das ist ein riesiger Erfolg, über den meiner Meinung nach nicht genug gesprochen wird. Wieder ist es im Vergleich zu dem, was die Amerikaner leisten – die ich weiß nicht wie viele Zehntausende von Soldaten schicken – sehr wenig, aber letztendlich kann sich das Ergebnis durchaus sehen lassen, und ich kann Ihnen sagen, dass sich dadurch in diesen Gebieten die Art und Weise, wie die Europäische Union wahrgenommen wird, komplett verändert hat. Ja, unsere Beziehungen zu den Indonesiern haben sich aufgrund dieser recht kleinen Operation komplett verändert. Also, Begleitung eines Friedensprozesses, es gibt noch weitere Beispiele.

Das zweite Ziel, das wir mit solchen Einsätzen verfolgen ist die Vermeidung einer wirklichen Krise. Ich gebe Ihnen wieder zwei Beispiele. Eines war eine Operation namens „Concordia“, die nur aus 500 bis 600 Soldaten bestand und folglich gar nicht teuer war, in Mazedonien – oder der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, das ist ein wenig kompliziert wegen unserer griechischen Freunde. Das haben wir getan. Ich glaube, dass diese Operation – wir haben hier viel mit der NATO zusammengearbeitet und Sondervereinbarungen mit der NATO getroffen, ich will nicht zu sehr ins Detail gehen – diesem Land einen Bürgerkrieg erspart hat. Folglich spricht man natürlich wenig darüber, da es ja keinen Bürgerkrieg gegeben hat. Das hat unendlich viel weniger gekostet als das, was die Europäische Union, und insbesondere die Europäer, ein Bürgerkrieg gekostet hätte. Es ist ein sehr gutes Beispiel.

Ein zweites Beispiel, das ich anführen möchte, ist die Operation „Artemis“ im Jahre 2003 im Kongo, in der Demokratischen Republik Kongo, als Kofi Annan Jacques Chirac und Javier Solana anrief und sagte: „Wir haben im Kongo eine Operation der UNO laufen, das heißt im Kongo allgemein, aber insbesondere im Osten, in Bunia und der gesamten Gegend dort. Wir haben die Lage nicht mehr im Griff, wir fürchten sehr schlimme Ausschreitungen, die Möglichkeit eines Genozids ist nicht ausgeschlossen. Tun Sie etwas, helfen Sie uns, diese schwierige Zeit zu überstehen. In der Zwischenzeit werden wir Verstärkung suchen und der Operation“ – die sich MONUC nennt – „ein neues Mandat erteilen.“ MONUC ist eine sehr wichtige Operation und noch immer vor Ort. Es waren im Wesentlichen die Franzosen, die diesen Einsatz unter europäischer Flagge organisierten. Die europäische Flagge ist von großer Bedeutung, denn auf politischer Ebene war es für die Franzosen sehr schwierig, diese Operation durchzuführen, aufgrund der etwas heiklen Beziehungen mit Uganda, Ruanda. Die Nachbarn mussten mitspielen.

Die europäische Flagge war eine enorme Hilfe und natürlich waren dort Schweden, Engländer, Franzosen. Wir haben ungefähr 2000 Soldaten für sechs Monate geschickt. Wir hatten gesagt, das wir nicht bleiben würden. Während dieser sechs Monate haben wir die Lage stabilisiert, haben Truppen aus Bangladesh für die UNO ausgebildet, haben in New York Verhandlungen zur Stärkung des Mandats dieser UNO-Truppen geführt und sind wieder gegangen. Wir sind nach wie vor sehr engagiert im Kongo. Sie haben sicherlich gehört, dass eine zweite Operation durchgeführt wurde, die nun zu Ende geht, angeführt von den Deutschen, aber mit Polen, Franzosen und Spaniern. Es war eine Operation zur Verhinderung von Ausschreitungen während der Wahlen. Die Situation ist natürlich noch immer nicht sehr stabil, aber es ist immerhin das erste Mal, dass in diesem Land richtige Wahlen stattgefunden haben, und wir haben geholfen, die Lage zu stabilisieren.

Wir tun natürlich auch viele Dinge, die im Zusammenhang mit dieser Operation stehen. Die Kommission ist sehr aktiv, sie treibt Vieles voran usw. Und es ist sehr wichtig, dass dies alles als Ganzes gesehen wird. Ich sage oft, wenn man die Dinge haushaltstechnisch betrachtet – wir haben eine GASP-Haushaltlinie – belaufen sich die ESVP-Operationen zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf 102 Millionen Euro, das heißt fast nichts. Nächstes Jahr werden sie auf 150 Millionen ansteigen, dann im Jahr darauf auf 200, 300 Millionen, aber letztendlich sind das doch alles *peanuts* im Vergleich zum Gesamthaushalt.

Und ich sage oft, dass deutlich weniger als ein Prozent der Gelder der Union für wirtschaftliche Hilfe für Länder außerhalb der EU aufgewendet wird, aber dieses eine Prozent ermöglicht es, die verbleibenden 99 Prozent auf viel bessere Art und Weise auszugeben. Warum? Wenn man es mit einem Land zu tun hat, in dem eine notorische politische Instabilität herrscht, wird es keine Entwicklung geben. Wenn man es mit einem Land zu tun hat, in dem Bürgerkrieg herrscht, wird es keine Entwicklung geben, oder man wird das tun, was Jahrzehnte lang getan wurde, das heißt Milliarden über Milliarden in schwarze Löcher zu werfen. So sehe ich das. Das ist – wie soll ich sagen – ein fehlendes Glied in der Kette, eine zusätzliche Möglichkeit, die uns im Bereich unserer europäischen Interventionsmittel zur Verfügung steht. Und ich finde, das funktioniert recht gut.

Das dritte Ziel, das wir mit diesen Operationen verfolgen, ist, was man im Englischen „*nation-building*“ nennt, das heißt, wir bilden die Polizei aus. Wir bilden beispielsweise die Polizei in Palästina aus. Im Übrigen habe ich, als es um die Begleitung eines Friedensabkommens ging, vergessen zu sagen, dass wir einen Grenzübergang geschaffen haben – das sind die kleinen Dinge, die von so großer Bedeutung sind –, einen Grenzübergang in Rafah, zwischen dem palästinensischen Gebiet und Ägypten, damit die Palästinenser Gaza verlassen können, denn das konnten sie praktisch Jahre lang nicht tun. Und wir haben Europäer, die das überwachen. Viele sehr komplizierte Schwierigkeiten, aber das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie praktisch Europa sein kann.

Also, *nation-building* – was machen wir da? Nun, wir bilden die Polizei in Bosnien aus, wir bilden die Polizei in anderen Gebieten aus. Wir haben ein ganz kleines Team, allerdings für mehrere Monate, nach Georgien geschickt, um dort zu helfen, ein vernünftiges Rechtssystem aufzubauen. Und es gibt viele weitere Beispiele. Im Kongo und in anderen Ländern tun wir das, was man im Englischen „*security sector reform*“ nennt. Das sind also sehr konkrete Dinge, über die meiner Meinung nach nicht genug gesprochen wird, und die nicht ausreichend in einem globalen Kontext des außenpolitischen Handelns der europäischen Union hervorgehoben werden.